

Katharina Jacobi

Geschäftsführerin

Antrag
für den
Ausschuss Soziales, Integration, Gesundheit und Wohnungsbau
am 13. Juni 2017

Fraktionsbüro im Neuen Rathaus
Hiroshimaplatz 1-4
Tel.: +49 (551) 400 2785
Grueneratsfraktion@goettingen.de
www.gruene-goettingen.de/stadtrat

Göttingen, 29. Mai 2017

Zweckentfremdung von Wohnraum künftig verhindern

Der Ausschuss möge dem Rat zum Beschluss vorlegen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Satzung für die Stadt Göttingen zu entwickeln, die dazu geeignet ist, die Zweckentfremdung von Wohnraum zu verhindern.

Um das In-Kraft-Treten der Satzung zum 1.1.2018 zu gewährleisten, ist die Beratung in der November-Sitzung des Ausschusses vorzusehen.

Begründung:

Aktuell ist auf Landesebene ein Entwurf für ein Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (ZwEWG) in Abstimmung. Wir freuen uns, dass Niedersachsen damit auf dem besten Wege ist, ein wirksames Instrument gegen Wohnraumzweckentfremdung zu gestalten. Es ist davon auszugehen, dass dieses Gesetz zum 1.1.2018 in Kraft tritt. Wir wollen darauf vorbereitet sein.

Bereits seit längerem setzen wir uns – sowohl durch eine Ratsinitiative als auch gegenüber der Landesebene – dafür ein, der Zweckentfremdung von Wohnraum durch Leerstand wirksam begegnen zu können. Bisher waren uns als niedersächsischer Kommune hier die Hände gebunden, da ein entsprechendes Gesetz auf Landesebene fehlte. Dieses ist nun in greifbarer Nähe. Damit wäre dann auch unser Antrag „Wohnraumschutzgesetz für Niedersachsen“ vom 13. November 2015 hinfällig.

Göttingen hat – wie andere Großstädte in Niedersachsen – mit Wohnraummangel zu kämpfen. Gleichzeitig steht Wohnraum teilweise über viele Jahre ungenutzt leer, da die Besitzer*innen kein Interesse an der Vermietung haben. Sie fühlen keine ethische Verantwortung im Sinne von „Eigentum verpflichtet“, sondern empfinden es als ihr gutes Recht, mit ihrem Hab und Gut zu tun, was sie möchten. Zunehmend haben wir es auch mit Spekulationen auf dem Wohnungsmarkt zu tun, die ihren Profit gerade daraus ziehen, den Wohnungsmarkt künstlich weiter zu verknappen. Wir wollen den vorhandenen Wohnraum dem Wohnungsmarkt wieder umfänglich zugänglich machen, um der Wohnungsnot nicht nur durch neues Bauen, sondern auch durch das Zugänglichmachen von Wohnungen im Bestand zu lindern.